

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei reinem Postbezug monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Zuschnitt für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Minerals liefert die schlagpatt. Monopartikelfarbe über deren Name 1.20 M., Wochensorten über 100 M., jedes weitere 25 Pf. Erstattungsbeitrag 10 Pf. Bei Sammlern u. Veranlagungsgegenständen 1800 der Zuschlag 100%. Inverste für den Versand folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9708

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## 150 Sozialisten in Italien gewählt.

### Der sozialistische Wahlsieg in Italien.

Rom, 21. November.

Der Sieg der Sozialisten erscheint bei näherem Abschluß noch größer. 150 Sozialisten durften in die Kammer einziehen. Da die bürgerlichen Mittelparteien nicht völlig zu den Sozialisten und Merkmalen beitreten würden, ist ausschließlich den Sozialisten in Süditalien zuzuschreiben. Römische Diplomaten-kreise erklären laut „Opus“ den Sieg der Sozialisten, der mit dem französischen Wahlergebnis scharf kontrastiert damit, daß Italien im Gegensatz mit Frankreich seine Ansprüche im empfindlichsten Punkte, namentlich der Abfrage un erfüllt sei.

Lugano, 19. November.

Im Wahlkreis Mailand wurden 11 Sozialisten, fünf Katholiken, acht Liberale und ein Demokrat gewählt. Unter den gewählten Sozialisten befindet sich Turati, Treves, der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes D'Amico und zwei Mitglieder des Parteivorstandes, Repossi und Bellotti.

Lugano, 19. November.

Der Wahltag ist in ganz Italien ruhig verlaufen, die Wahlbeteiligung blieb jedoch weit unter dem Durchschnitt der früheren Wahlen. In Rom stimmten von 157 000 Stimmberechtigten nur 46 000, also nicht einmal 30 Prozent gegen 48 Prozent im Jahre 1912. Ganz Süditalien und ein großer Teil Mittelitaliens blieben hinsichtlich der Beteiligung das gleiche. In Norditalien dagegen ist sowohl in den Städten wie besonders auf dem Lande eine höhere Beteiligung zu beobachten, doch stimmten auch in Mailand und Turin nur knapp 50 Prozent.

Lugano, 19. November.

In den italienischen Wahlen wird nachträglich bekannt, daß in Turin 88 000 Stimmen aller Bürgerlichen 70 000 sozialistischen Stimmen gegenüberstanden. Ein ähnliches Verhältnis bestand in Mailand, Bologna, Florenz, Siena, Reggio Emilia, Brera, Imola. In Novara, Alessandria, Venedig, Bergamo, Parma, Piacenza, Ravenna, Arezzo, Grosseto stehen die Sozialisten an erster Stelle. In Genoa, Treviso, Lucca sind die Sozialisten in der Mehrheit, in Neapel die Katholiken gleich stark wie die Sozialisten.

Nach dem Bekanntwerden der ersten Wahlergebnisse verfuhr in Mailand ein Sozialistengang den Eintritt in die polizeilich überwachte Galleria Vittorio Emanuele zu erzwingen. Die Gewerkschaften mochten von der Schwärze Gebrauch und verurteilten 28 Demonstranten.

## Churchill gegen Lloyd George.

Amsterdam, 20. November.

„Times“ schreibt, es sei klar ersichtlich, daß Churchill mit dem Premierminister in seiner Stellungnahme zu Rußland nicht einig sei. In der Regierung sei ein Mißverständnis, das sich bald zu einem unüberbrückbaren ausdehnen könne.

## Lloyd George gegen die Deutschen im Volkstum.

Amsterdam, 20. November.

Den englischen Wählern zufolge, sagte Lloyd George in seiner bereits gemachten Rede über Rußland im Unterhaus am 17. November noch, die Anwesenheit von Deutschen in den baltischen Provinzen sei eine große Gefahr. Er erinnerte an die preussische Erhebung gegen Napoleon, die ebenfalls im Osten verwehrt sei und erklärte, die Deutschen müßten aus den baltischen Provinzen entfernt werden, sonst sei Europa nicht mehr sicher.

Das Jour besprach die Zukunft der Türkei und sagte, das türkische Volk habe eine große Vergangenheit, und wenn der Grundsat des Selbstbestimmungsrechtes ebenso auf die Türkei wie auf die anderen Völker angewendet werde, so werde auch nach dem Frieden ein türkisches Reich bestehen.

Antoine Ricoms Notterdamische Courant“ antwortete der erste Vorgesetzte der englischen Admiralgatt auf die Frage, ob die Rede Lloyd Georges zu bedeuten habe, daß der Seesieg in der Ostsee zu gewinnen sei, verneinend. Solange die englische Flotte in der Ostsee sei, werde der Kommandant die nötigen Schritte tun, um die Schiffe zu schützen.

## Ein Tagesbefehl Trotski's.

Trotski hat an die Rote Armee und die Rote Flotte folgenden Tagesbefehl gerichtet:

In allen Fronten begegnet Ihr den Intriguen Engländer. Aus englischen Kanonen wird auf Euch geschossen und aus englischen Gefangenen tragen englische Kleidung. Die Frauen und

Kinder in Kronstadt und Wladimir werden durch englische Dynamit getötet. Englische Schiffe beschließen unsere Küste und englische Robotergramme vergiften mit ihren Bienenwächern die ganze Welt. Vergeht aber nicht, daß es „zwei Englande“ gibt. Neben dem gewalttätigen, veräulichen, blutigen England steht das England der Arbeit, der Gerechtigkeit, der internationalen Solidarität, der hohen Ideale. Gegen uns kämpft das nährige, ehrliche Völkchenland. Das arbeitende Völkchenland ist für uns. Wir hoffen, daß sich dieses England bald für uns erhebt.

## Große Kohlennot in Wien.

Wien, 20. November.

Die Kohlennot hat ihren Höhepunkt erreicht. Es steht zur Stunde noch nicht fest, ob der Straßenbahnverkehr heute aufrecht erhalten werden kann. Wenn nicht sofort weitere Kohlenzüge anlangen, so muß mit einem frühzeitigen Schluß des Betriebes gerechnet werden.

Verfolge des Mehlmangels wird in der nächsten Woche mit 1/4 Brot und 1/4 Alkohogramm Mehl pro Kopf ausgegeben werden können.

## Der Prozeß gegen Eisners Mörder.

München, 20. November.

Wie die Korrespondenz Hoffmann amlich meldet, ist die Hauptverhandlung gegen den Grafen Anton Arco-Valley, der Eisner erschossen hat, auf den 8. Dezember und gegen den Richter Alois Lindner, der den Anschlag im Landtag verübt hat, auf den 9. Dezember 1919 vor dem Volksgericht München anberaumt worden.

## Mühsam nochmals verurteilt.

Leibach, 20. November.

Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Festungsgefangenen Erich Mühsam wegen Verleumdung des bayerischen Justizministers Dr. Müller-Reinigen zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Mühsam hatte den Justizminister einen skandalösen Skandal geschimpft.

## Das Verbot der „Freien Jugend“ aufgehoben.

Das Oberkommando, geschworen Roste, teilte mit, daß das Verbot der „Freien Jugend“ aufgehoben worden sei.

Das Verbot der Jugendzeitschrift der unabhängigen Sozialdemokratie ist am 7. August erfolgt, und zwar auf Grund eines Artikels, der gar nicht in dem Blatte enthalten war. Zwei Monate später haben wir das festgestellt, worauf Herr Roste, um die Monarchie seiner Vertrauenskreise zu verbeden, mitteilen ließ, daß die „Freie Jugend“ sich Verleumdungen gegen die Reichswehr habe zuschreiben lassen, weshalb das Verbot aufrecht erhalten bleiben müsse. Jetzt endlich steht er sich veranlaßt, das Verbot wieder aufzuheben.

Ist schon die Unterdrückung der Pressefreiheit eine Schande für das angeblich demokratische Deutschland, so bedeutete das Verbot der „Freien Jugend“ und die Aufrechterhaltung dieses Verbots, auch nachdem das Verbrechen offensichtlich festgestellt war, geradezu eine Schmach für die Regierung des freien Landes der Welt.

## Arbeiter! Parteigenossen!

Die Reaktion ist im Anmarsch. Nationalismus und Militarismus gebärden sich in alter Freiheit. Die Sünden der alten Nachhader sollen vergessen gemacht werden.

Das dürft ihr nicht dulden.

Kommt alle in die Versammlungen, die am Sonntag, den 23. November, stattfinden.

Heraus zum Kampfe gegen die Reaktion!

## Die Verzweilungswahlen.

Die endgültigen Ergebnisse der französischen Kammerwahlen sind infolge des verwickelten Wahlverfahrens noch nicht bekannt und dürften auch noch einige Zeit auf sich warten lassen. Dagegen gibt die Verteilung der fünfshundert bisher bekannt gewordenen Mandate ein ziemlich sicheres Bild, an dem die fehlenden hundertfünfundzwanzig keine wesentlichen Änderungen mehr vornehmen können.

Der Sieg Clemenceaus ist unbestreitbar und nicht gering, aber es muß als verfehlt gelten, von einer Niederlage der sozialistischen Parteien zu sprechen; es handelt sich vielmehr um eine Niederlage aller oppositionellen Parteien. Bisher haben die geeinigten Sozialisten nur 54 Mandate errungen und einen Verlust von 85 Sitzen zu verzeichnen. Aber auch die sozialistisch Radikalen, die fälschlicherweise immer Radikalsocialisten genannt werden und die eine rein bürgerliche Oppositionspartei mit stark demokratischem Charakter und leichtem sozialen Einschlag darstellen, haben als Oppositionspartei bisher nur 71 Mandate errungen und einen Verlust von 68 Mandaten zu verzeichnen. Ebenso verlieren die republikanischen Sozialisten 9 Mandate. Dagegen haben die Regierungsparteien, die Linkerepublikaner (bisher 117 Mandate gemeldet) und die verbündeten Progressiven (bisher 120 gemeldet), große Gewinne von 27 bzw. 58 Mandaten zu verzeichnen. Die Opposition von rechts ist etwa gleich stark geblieben.

Die Erklärung für diesen Ausfall der Wahlen liegt zunächst in dem Wahlsystem. Die Regierungsmehrheit hat sich ein Wahlsystem geschaffen, das für alle oppositionellen Richtungen so ungünstig wie möglich ist, da es die Minderheiten, die so stets die Opposition darzustellen pflegen, zugunsten der Mehrheit aufs äußerste benachteiligt. Das verfehlte Proportionalssystem bestimmt zunächst, daß in den Wahlkreisen, in denen eine absolute Mehrheit auf den Wahlen hervorgeht, die Minderheit ganz ausfällt. Erreichen also in einem Wahlkreise die Mehrheitsparteien von 100 000 Stimmen 50 100, so fallen ihnen a l l e Mandate des Wahlkreises zu und die Liste der Oppositionsparteien geht leer aus, selbst wenn sie mit mehr als 49 000 Stimmen nur um einige Hundert hinter der Mehrheit zurückbleibt.

Erreicht keine Partei die absolute Mehrheit, so tritt eine Verteilung der Mandate nach einem wieder zungunsten der Minderheiten gestalteten Proporz in Kraft. Sind beispielsweise in einem Wahlkreise 50 000 Stimmen abgegeben und 5 Mandate zu vergeben, so beträgt der Wahlquotient 10 000. Hat nun die Liste A 21 000 Stimmen, die Liste B 19 000 Stimmen und die Liste C etwa 9000 Stimmen, so erhält zunächst die Liste A zwei Mandate und die Liste B ein Mandat, die übrigen beiden Mandate fallen noch der Liste A zu, da sie die größte Durchschnittsziffer erreicht. Es hat also die Liste A vier Mandate gegenüber einem Mandat der Liste B, obwohl sie kaum 2000 Stimmen mehr auf sich vereinigt, während die Liste C ganz leer ausgeht. Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Oppositionsparteien mit vielen tausenden ihrer Stimmen einflußlos aus dem Wahlkampf ausfallen mußten, so daß erst die vorliegenden Stimmengahlen von den einzelnen Wahlkreisen ein klares Bild der wahren Volkstimmung in Frankreich zu geben vermögen.

So groß der Einfluß dieses Wahlsystems auf den Ausfall der Wahl sein muß, so erklärt es doch nicht völlig die Wahlergebnisse. Man muß die Volkstimmung in Frankreich kennen, um den Ausfall dieser Wahlen zu verstehen. Das französische Volk will den Glauben an den erregenen Sieg nicht verlieren, obwohl es zu erkennen beginnt, daß dieser Sieg mit dem drohenden Zusammenbruch der Volkswirtschaft und Volkskraft erkauft ist. Es kammer sich deshalb in Verzweiflung an den Frieden von Versailles, dessen Bestimmungen es einmal vor seiner wirtschaftlichen Katastrophe mit dem Zauberspruch: Deutschland zahlt alles!, und ein andermal vor dem gefährlichsten deutschen Revandefriege mit Hilfe des englisch-amerikanischen Völkerbundes retten sollen. Wer deshalb diesen Friedensvertrag antastet, der begeht noch der Ansicht des französischen Volkes Landesverrat, und das taten unsere französischen Genossen, denn sie forderten in klarer Erkenntnis der Unüberwindlichkeit des Friedensvertrages dessen Revision. Unsere französischen Genossen haben sehr wohl erkannt, daß mit diesem Friedensvertrage weder die Zukunft Frankreichs, noch das Wohl Europas gesichert wird, und daß mit nationalistischen Phrasen das drohende Unheil nicht von Frankreich abgewendet wird. Sie haben erklärt, daß das Ziel nur in einer gemeinschaftlichen Regelung all der schwebenden Fragen durch die Völker selbst erreicht werden kann und deshalb die Internationalisierung der Finanzen, der Produktion und Handelsbeziehungen gefordert. Der



Stieg der Regierungsparteien beweist also das Ueberwiegen nationalisistischer Besürchtungen über die Zuerst auf internationaler Regelung der Völkerverhältnisse. Man glaubt auch in Frankreich nicht an den Völkerverbund, obwohl man für die eigene Zukunft zittert.

Zu dem nationalisistischen Moment tritt das kapitalistische. Mit der Wahlparole: Gegen den Bolschewismus! hat Clemenceau eine weitgehende Einigung der bürgerlichen Parteien erreicht. Das kapitalistische Frankreich zittert um die Früchte seines Sieges. Die Kriegsgewinnler sehen das Schreckgespenst des Bolschewismus vom Osten herantücken. Deshalb fällt man alle sozialistischen Forderungen als bolschewistische. Unsere französischen Parteigenossen waren auch in dieser Frage in einer schwierigen Situation. Sie sehen wie wir in der russischen Revolution den Beginn der revolutionären Umgestaltung der Welt und sie lehnen es deshalb ab, obwohl sie keineswegs in ihrer Mehrheit sich zum Bolschewismus bekennen, mit Waffengewalt das bolschewistische Rußland niederzuringen, weil sie eine Neuerrichtung der Reaktion und einen Rückschlag für den revolutionären Gedanken sehr richtig voraussehen. Sie wandten sich deshalb gegen die Regierungspolitik, die am liebsten die französischen Armeen zur Niederrichtung des Bolschewismus nach Rußland geschickt hätte und wurden deshalb im ganzen Lande als Verteidiger des Bolschewismus verächtet.

Das Schreckgespenst des Bolschewismus hat aber für den französischen Rentner noch eine besondere Bedeutung, es bringt nämlich zugleich den Verlust der in Rußland investierten französischen Anteile mit sich, bedeutet also den Bankrott vieler tausender kleiner französischer Rentierschluder. So führte man in nationalisistischem Sinne den Wahlkampf gegen die „sozialistischen Landesverräter“, und im bürgerlich kapitalistischen gegen die „Bolschewisten“. Diese psychologischen Momente erklären den Ausfall der Wahlen. Sie zeigen aber zugleich, daß es sich um einen kapitalistischen Verzweiflungssieg handelt und daß, wenn Clemenceaus glänzende Verdrehungen versagen, der geistige Zusammenbruch dem wirtschaftlichen auf dem Fuße folgen muß. Dann wird man erkennen, wie recht unsere französischen Genossen hatten, als sie die internationale Regelung der Finanzfragen, der Produktion, die sozialistische Organisation der Wirtschaft forderien.

Unsere französischen Genossen gehen an Mandaten geknüpft, aber gereinigt von allen bürgerlichen Anhängeln aus den Wahlen hervor. Sie werden den Mut nicht sinken lassen, denn auch in ihren eigenen Reihen ist nunmehr der Weg zu sozialrevolutionärer Kampfesweise frei.

„La Presse de Paris“, die gemeinsame Erbschaft der wegen des Seherstreiks nicht erscheinenden bürgerlichen Pariser Blätter, veröffentlicht bereits einige Wahlziffern, die deutlich die Vergewaltigung jeder noch so großen Minderheit zeigen, die durch das französische Wahlgericht hervorgerufen wird. So haben sämtliche Kandidaten der Sozialisten im Seine-Wahlkreis Saint-Denis zusammen eine Stimmenanzahl von über 1 1/2 Millionen erzielt; trotzdem erhalten sie nicht einen einzigen Kammerstuhl, vielmehr fallen sämtliche 14 Mandate dieses Kreises dem Clemenceau-Block zu. Im Wahlkreis Meudon haben die einzelnen sozialistischen Parteien nur etwa 9000 Stimmen weniger als der Block, trotzdem sind sämtliche 6 Blockkandidaten gewählt.

Fest steht in Paris bisher die Wahl folgender Sozialisten: Boncour, Dormoy, Blum, Grade, Berthoin, Bonneson und Saboul. Dagegen sind Longuet und Renaudel unterlegen.

## Der Militarismus marschiert!

Berlin, 20. November.

Da sich die Einrichtung der staatlichen Sicherheitspolizei in Berlin außerordentlich demüht hat, ist vom Ministerium des Innern die Aufstellung einer ähnlichen Organisation in Gebieten Mitteldeutschlands beabsichtigt. Die Aufstellung hat bereits auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog (West-Lager) begonnen.

Durch diese offiziöse Notiz versucht die Regierung der Errichtung der Sicherheitswehr ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. In Wirklichkeit ist sie bei dieser hochwichtigen Angelegenheit bisher völlig diktatorisch vorgegangen; sie hat die Sicherheitswehr ohne Befragen der kommunalen und der gesetzgebenden Körperschaften den Städten aufoktroiiert und nicht danach gefragt, ob sich diese Einrichtung auch bewähren wird. Im Gegenteil, alle Mahnungen, auch solche von ersten Polizeipraktikern, sind in den Wind geschlagen. Erst jetzt wieder schreibt der Strafrechtslehrer Professor Bergsträher in der demokratischen „Differenzierung“ über die Militarisierung der Polizei:

Wir haben schon vor dem Kriege monomoral und nicht ganz mit Unrecht über den Militarismus der Polizei geklagt; wenn diese Reformen durchgeführt werden, so werden wir unter blauen Wunden erleben im wahren Sinne des Wortes. Man braucht nur einmal mitgemacht zu haben, wie sich der Militarismus als Polizei in dem von Deutschland während des Krieges besetzten Gebieten bewährt hat, und man wird mit Grauen daran denken, was uns hier blühen kann. Jene Militärpolizei war mit am meisten schuld daran, daß alle Bevölkerungssteile uns schmerzhaft hielten. Und jetzt würde der Militarismus ja geradezu künstlich geschichtet, wenn man unter Militarismus versteht, daß militärische Auffassungen und Inständigkeiten auf nichtmilitärisches Gebiet übergreifen. Wir sind aus dem besten Wege, hier zu russischen Zuständen zu kommen und uns infolgeamt unter den Gummihandschuhen zu stellen.

Das sind die Worte eines Demokraten! Und das er recht hat, haben und die bisherigen Erfahrungen in Berlin gezeigt. Die Sicherheitswehr hat sich hier ein Hebergriff noch dem anderen geleistet, Gewerkschaftsversammlungen und Mitgliederversammlungen der Partei auseinandergerissen und auch bei dem Kadava, den die Nationalisten dieser Tage in Berlin inszenieren, hat sie die Situation nicht gewachsen gelassen, vielmehr dem Stand im weitgehendsten Maße gefördert. Trotzdem wagt die Regierung zu behaupten, die Sicherheitspolizei habe sich bisher „außerordentlich bewährt“. Jamahl, sie hat sich „bewährt“! Aber nur im Sinne der Reaktion und des Militarismus. Und damit scheint die preussische Regierung

dermaßen zufrieden zu sein, daß sie nunmehr auch andere Städte mit dieser militärischen Schöpfung zu beglücken gedenkt.

## Laufenberg wegen Hochverrats verurteilt!

Hamburg, 20. November.

Unter der Anklage des Hochverrats und der Aufreizung zum Aufstand hat sich, wie die Abendblätter melden, heute der bekannte kommunistische Schriftsteller Heinrich Laufenberg vor dem außerordentlichen Kriegsgericht zu verantworten, weil er in einer Versammlung am 10. Oktober die Führer aufgefordert haben soll, sich für die kommende Umwälzung, eventuell mit der Waffe in der Hand, bereit zu halten, um die gegenwärtige Regierung zu beseitigen und die Räterepublik zu errichten. Der Angeklagte bestreitet dies; er sei Gegner jeden Verrats, weil dadurch die weltgeschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse verhindert würde.

Hamburg, 20. November.

Der kommunistische Führer Laufenberg ist wegen Vorbereitung zu einem hochverräterischen Unternehmen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Dem Vorbilde Bayerns, das alle Teilnehmer an der Münchener Räterepublik wegen „Hochverrats“ zu den schwersten Strafen verurteilte, folgt nunmehr auch der deutsche Norden. So werden in allen Teilen Deutschlands Recht und Gesetz aufs schärfste mißachtet, denn in Wirklichkeit gibt es seit der Revolution das Verbrechen des Hochverrats nicht mehr. Genosse Haase war es, der in seiner prächtigen Verteidigungsrede im Prozesse Toller diesem Gedanken Ausdruck gab und nachwies, daß ein Gesetz, das einzig und allein dem Schutze des alten, des gestürzten Regimes galt, niemals dem Schutze derer dienen kann, die diesen Sturz herbeigeführt haben. „Es ist ein unsagbarer Gedanke“, so rief Haase aus, „daß die Revolutionäre von gestern die Revolutionäre von heute wegen Hochverrats vor die Richter ziehen können, die zum Schutze der ursprünglichen monarchistischen Verfassung eingeleitet sind.“ Was Haase hier als unsagbaren Gedanken verwarf, ist aber in der deutschen Republik eine alltägliche Erscheinung geworden. Die republikanisch-sozialistische Regierung hat sich nicht nur an die Stelle der alten gesetzt, sie hat auch ihre Methoden übernommen, und vor allem die eine: die Methode der Gewalt, mit der die politisch Andersdenkenden — denn nur als solcher kommt Laufenberg hier in Betracht — unschädlich gemacht werden.

## Heraus mit dem Geld.

Noch immer sind der Berliner Parteileitung der U. S. P. die bei der letzten Besetzung durch die Sicherheitspolizei mitgenommenen 5168,39 Mark nicht wieder zurückergeben. Wir fordern mit aller Entschiedenheit, daß das Geld unserem Parteibureau sofort wieder zugestellt wird, um so mehr, als es sich hier um Mitgliederbeiträge handelt.

Bei den Landstrecken im Baltikum ist es ungeschriebenes Gesetz, daß sie alles, was sie finden, behalten. Es ist zu hoffen, daß diese Sitten nicht auch in Berlin Platz greifen.

## Die Meuterer triumphieren!

Das Detachement Kobach, das am 31. Oktober bei Rauszargen die Grenze überschritten hat, veröffentlicht in der „Trommel“, dem Organ der baltischen Meuterer, eine triumphierende Erklärung über den gelungenen Grenzübergang. Darin wird geschildert, daß das Detachement von Kulssee aus einen Marschweg von 520 Kilometern zurückgelegt hat, ohne unterwegs auf den leisesten Widerstand zu stoßen. Für die Nachsicht, die die Regierung dem meuternden Truppenteil gewährte, muß sie sich obendrein einen Fuhrtritt gefallen lassen, indem ihr von dem Detachement folgendes ins Stammbuch geschrieben wird:

Die Sturmabteilung hat Deutschland verlassen, weil sie den geforderten Treueid auf die derzeitige Regierung, — die von ihr nur als ein Gouvernament in Diensten der Entente angesehen wird — nicht leisten wollte. Wir wollen nicht die Stützen einer Reichsleitung sein, die nicht die Kraft findet, die vollkommenden Streiks einer unverantwortlichen Kadaverbrüderliche zu unterbinden und vieles andere mehr. Und all dies mit den Händen im Schoß über uns ergehen zu lassen; dazu sind wir nicht fähig! Wer auch nur einen rechtlichen Truppen Ehren besitzt, wird uns begreifen. Er wird auch begreifen, daß wir hier unter der russischen Nationalen unserem Heimatlande größere und bessere Dienste leisten, wie in der deutschen Republik als Kolonialtruppe der Entente.

Die alldeutsche Presse druckt diese Erklärung, die die größten Beschimpfungen der Regierung enthält, im zustimmenden Sinne ab. Die Regierung sieht sich daraufhin veranlaßt, die Meuterer abzuschnitten und ihnen eine Verstrafung androhen. Beschwichtigend glaubt sie anführen zu können, daß an dem Unternehmen kein höherer Führer beteiligt gewesen sei. Das soll natürlich zugleich ein Heimwählungsversuch für die Regierung sein.

In Wirklichkeit trifft sie gerade in dieser Angelegenheit die schwerste Schand, denn sie wurde von uns von dem Plan des Detachements Kobach rechtzeitig unterrichtet, hat aber nichts zur Verhinderung seiner Ausführung unternommen. Daß dies bei einigermaßen gutem Willen möglich gewesen wäre, wird niemand abstreiten können. Die Tatsache, daß das Detachement Kobach den 520 Kilometer weiten Weg umgehindert zu Fuß zurücklegen konnte, beweist jedenfalls die Mitwirkung höherer Führer, und die Meuterer haben daher allen Grund, einen Triumph zu feiern, wenn sie durch das Verschulden der Regierung allzu billig dazu gekommen sind.

## Ein rechtssozialistisches Attentat.

Es handelt sich natürlich um ein Attentat auf die Wahrheit, das vom „Vorwärts“ in seiner Gemeinlichkeit mit den „P. S. P.“ und der bürgerlichen Presse verübt wird. Vor einigen Tagen hat es in dem Hause des Leiters der Technischen Hochschule in Leipzig, eines Ingenieurs Schwarz, einen Knall gegeben. Es kam niemandem in den Sinn, daß der Knall von einem

sonar Knalle nicht zu Hause war. Es wurde aber sofort behauptet, daß gegen den Herrn ein Bombenattentat verübt worden sei und im Anschluß daran bildete sich eine wilde Hetze gegen die Leipziger Kommunisten. Man nahm eine Anzahl Verhaftungen vor und bei Hausdurchsungen will man beschlagnahmtes Material gefunden haben. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, eines der schärfsten alldeutschen Feindblätter Deutschlands, hatte nun behauptet, daß die „Leipziger Volkszeitung“ sehr vor dem Bombenattentat die Adresse des Knallknallers mitgeteilt und damit eigentlich die Veranlassung zu der ruchlosen Tat gegeben habe.

Das alles entpuppte sich nun als Schwindel. In der Erklärung, daß es sich um ein kommunistisches Attentat gehandelt habe, schreibt die „Freie Presse“ in Leipzig, das dortige rechtssozialistische Organ:

Nach unjener Erhebungen an den maßgebenden Stellen ist das nicht richtig. Bisher liegen keinerlei Beweise dafür vor. Auch die Nachricht, daß bei einem verhafteten Mannes hinter beschlagnahmtes Material gefunden worden sei, ist falsch.

Die „Leipziger Volkszeitung“ stellt weiter fest, daß Name und Wohnung des Knallknallers erst nach dem Verzuge der Zeitung genannt worden sei; erst danach habe sie in Erfüllung ihrer politischen Pflicht auch ihren Lesern davon Kenntnis geben müssen.

Nach alledem wird man in der Annahme nicht fehl gehen, daß es sich bei dieser Missetat um ein vorbereitetes Manöver gehandelt hat, das den Zweck erfüllen sollte, einen Beweistreich gegen die Kommunisten zu unternehmen und zugleich die unabhängige Sozialdemokratie der Mindererschaft an diesem offensivem Epochenunternehmen zu beteiligen.

## Neue Wahlerfolge der U. S. P.

Die Gemeindevahlen in dem Teile von Hessen und Westfalen-Rheinland, der von den Franzosen besetzt ist, haben an den letzten drei Sonntagen stattgefunden. Ganz allgemein ist eine bedeutende Vermehrung der Stimmen der U. S. P. zu verzeichnen bei einem gleichzeitigen gewaltigen Stimmenverlust der Rechtssozialisten. Bei den Bürgerlichen haben die Rechtsparteien einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen, während die Demokraten ebenfalls große Stimmenverluste zu verzeichnen haben.

In verschiedenen Industriestädten ist es unseren Genossen gelungen, die absolute Mehrheit im Gemeindevorstand zu erlangen. Ueber Einzelergebnisse sei folgendes besonders genannt:

In Höchst erhielten: U. S. P. 3017 Stimmen (11 Vertreter), Rechtssoz. 3088 Stimmen (12 Vertreter), Zentrum 2754 Stimmen (10 Vertreter), Deutsche Volkspartei 1478 Stimmen (5 Vertreter) und die Demokraten 1239 Stimmen (4 Vertreter). Das bedeutet gegenüber den Vorwahlen einen Gewinn für die U. S. P. von 1293 Stimmen, für die Deutsche Volkspartei von 299 Stimmen. Westfalen haben Rechtssozialisten 2226, Zentrum 933, Demokraten 834 Stimmen.

In Nied, einem Industriestadt bei Frankfurt, erhielten: U. S. P. 1209 Stimmen (8 Vertreter), Rechtssozialisten 713 Stimmen (8 Vertreter), Zentrum 468 Stimmen, Vertriebslose 200 Stimmen, Demokraten 289 Stimmen (zusammen 5 Vertreter).

In Mainz erhielten Stimmen: Rechtssozialisten 16251 (gegenüber den Stimmen bei den Nationalparlamentarischen Wahlen 10 919 weniger), Zentrum 12 925 (2371 weniger), Demokraten 6798 (5444 weniger), U. S. P. 5050 (4305 mehr), Deutsche Volkspartei 4004 (1424 mehr).

Diese Ergebnisse sind um so beachtenswerter, wenn man bedenkt, daß es uns in diesen Gebieten bis etwa acht Wochen vor der Wahl durch das Verbot der Besatzungsbehörden nicht möglich war, unsere Presse, dem „Frankfurter Volksrecht“, Eingang zu verschaffen, während den Rechtssozialisten mehrere Tageszeitungen zur Verfügung standen. Wundersamer Erfolg hatten wir in Wiesbaden. Dort haben die Kommunisten unter dem Deckmantel der U. S. P. eine eigene Liste aufgestellt, auf die sie 1226 Stimmen vereinigten, während die U. S. P. 2453 Stimmen aufbrachte. Unser Gewinn betrug auch hier noch 600 Stimmen, während die Rechtssozialisten 5800 Stimmen verloren.

## Sprengung des Frankfurter Arbeiterrats.

In Frankfurt am Main stand bis vor kurzem die Sicherheitspolizei unter Leitung eines während der Revolution eingewählten Polizeipräsidenten. Dieser, der Rechtssozialist Harris, lehnte es überhaupt ab, die von der Regierung geforderte Militarisierung der Polizei durchzuführen, gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter der Frankfurter Arbeiterrats, von dem er sein Mandat hatte. Nunmehr haben es reaktionäre Nachschützen, die an einer konterrevolutionären Entwürdigung der Dinge Interesse haben, den Rücktritt von Harris zu erzwingen und an seine Stelle einen abhängigen Gehaltssüßer zu bringen, der bereit ist, die Militarisierung der Polizei nach Berliner Muster durchzuführen. Mit den wästeligen Beleuchtungen haben die Frankfurter Rechtssozialisten, die im Arbeiterrat die konterrevolutionäre Vorherrschaft ihrer Genossen verurteilten, ihren Genossen Harris von hinterher zum Wählzettel gezwungen. Selbst die Beschuldigungen bei der Entente krebte man nicht zurück, die von der Notwendigkeit der Militarisierung der Polizei zu überzeugen.

In der letzten Sitzung des Arbeiterrats kamen diese Dinge zur Sprache. Einmütig wurde von den Unabhängigen und kommunistischen Mitgliedern die Entlassung Harris' beschlossen, die einen Stg der konterrevolutionären Elemente bedeutet. Die Rechtssozialisten verließen vor der Abstimmung den Saal, angeblich, weil die Resolution „Verleumdungen und Beschuldigungen“ gegen sie enthalte. In Wahrheit jedoch weil sie mit der Neuordnung der Dinge zufrieden sind. Denn in einer Vertrauensmännerversammlung der Frankfurter unabhängigen Organisationen ließen sie erklären, der Arbeiterrat in seiner jetzigen Zusammenstellung sei nicht mehr die rechtmäßige und würdige Vertretung der Frankfurter Arbeiterschaft, weshalb ein Austritt notwendig sei!

Sehe mit Trautzfeld. Wie dem „Volks-Anzeiger“ aus Bremen gemeldet wird, telegaphisch natürlich, haben Bremer Arbeiter letzte Fern Hefferrich 600 Mark mit folgender Devotion überreicht: „Bremer Bürger legen Ihre Sache als Volkssache an und überlassen deshalb 600 M., um die bisher verurteilten Strafen zu decken und die nachfolgende.“ Die Herren Bürger von Bremen haben also nicht nur die Felle für Hefferrich abgeliefert, sondern ihm noch ein Trautzfeld abgesteuert.



# Die „Rechtsgarantien“ der Schutzhaft.

Die wesentlichste Errungenschaft des Schutzhaftgesetzes vor bekanntlich die Einschränkung des unbeschränkten Verkehrs der Schutzhaftgefangenen mit ihren Verteidigern. Wir haben vor einiger Zeit den Ukas mitgeteilt, durch welchen dieses elementarste Recht eines jeden Gefangenen in völlig unzulässiger Weise dahin eingeschränkt ist, daß den Unterredungen der Anwälte mit ihren Mandanten ein hierzu besonders deploriertes Beamter beizuwohnen hat. Si-rdurch wird natürlich das Verteidigungsrecht des Gefangenen fast illusorisch gemacht, da es ein wesentliches Erfordernis der Verteidigung ist, daß der Klient die Möglichkeit hat, sich seinem Verteidiger möglichst anzuvertrauen, was naturgemäß bei einer Unterredung unter vier Augen möglich ist. Niemand hat dies klarer hervorgehoben und alle Eingriffe in die Unbeschränktheit der Verteidigung schärfer und treffender gebrandmarkt als der Parteigenosse des Reichswehrministers, der verordnete Unterstaatssekretär im Justizministerium, Herr Reine mann. Auf die von den betroffenen Verteidigern eingeleitete Beschwerde hat Herr Roske nunmehr mit folgendem Ukas geantwortet:

Cetero commendo Roske Nr. III 6573

Berlin W. 10, den 28. Oktober 1919.

## Entscheidung.

Die Beschwerde der Rechtsanwältin Th. Dieblich, Dr. Kurt Rosenfeld und Dr. Siegfried Weinberg, sämtlich in Berlin, vom 10. Oktober 1919 und des Justizrats Max Victor Frankl in Berlin vom 26. Oktober 1919 über die Anordnung des mit der Bearbeitung der Schutzhaftfachen beauftragten Kriegsgerichtsrats, daß Unterredungen der Verteidiger mit den in Schutzhaft befindlichen Personen nur in Gegenwart eines Beamten stattfinden dürfen, wird als unbegründet verworfen.

## Gründe.

Nach § 9 des Schutzhaftgesetzes ist dem Verhafteten schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verteidiger gestattet. Ein „Anerkennung“ oder „uneingeschränkter“ schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verteidiger ist dem Schutzhaftgefangenen aber im Gesetze nicht gewährleistet. Das Schutzhaftverfahren ist kein Strafverfahren. Die Schutzhaftgefangenen haben keinen Anspruch auf Anwesenheit des § 148 S.O. (vgl. die Erklärungen des Bundesratspräsidenten im Reichstage, 2232 des stenographischen Berichtes der Verhandlungen des Reichstages im Jahre 1916). Während der Zweck der Untersuchungshaft die Sicherung der Durchführung des Verfahrens wegen begangener strafbarer Handlungen ist, ist bei der Schutzhaft die Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches, also einer künftigen Verletzung dieses Zweckes kann auch der Verkehr des in Schutzhaft befindlichen mit dem Verteidiger Einschränkungen unterworfen werden (vgl. die Anmerkungen zu § 9 des Schutzhaftgesetzes in den Kommentaren von Conz und Nomen).

Wenn hiernach die getroffene Maßnahme einer besonderen Begründung nicht bedarf, soll doch folgendes erwähnt werden: Ein in Untersuchungshaft befindlicher Kommunist, gegen den die Schutzhaft angeordnet wurde, hat drei Schreiben aus dem Gefängnis auf verbundene, nicht aufklärte Weise an einen Vertrauensmann gelangen lassen, die bei letzterem beschlagnahmt wurden. In zweien dieser Schreiben bittet der Gefangene seinen Genossen, ihm wichtige Sachen (nach dem Zusammenhange politische) oder was los ist immer durch seinen Verteidiger mitzubringen, „und durch diesen“ ihm zu schreiben, wie es eigentlich geht, ob man die politischen Gefangenen nicht befreien wird etc. Ferner sind bei diesem Gefangenen selbst mehrere an denselben Genossen gerichtete Briefe gefunden worden, in denen er letzteren bittet, ihm durch seinen Verteidiger „ruhig zu schreiben“.

Hieraus sind seitens der Schutzhaftgefangenen Versuche zu weiterer politischer Betätigung entgegen dem Zwecke der Schutzhaft gemacht worden. Bei der Wichtigkeit dieses Zweckes muß der Militärbehörden selbst Gegenmaßnahmen treffen. Er kann nicht seine Befugnisse und Verpflichtungen zur Abwendung der Gefahr für die Sicherheit des Reiches dadurch auf die Verantwortlichkeit der Schutzhaftgefangenen übertragen, daß er es ihnen überläßt, den Verkehr der Schutzhaftgefangenen, für zu Vermitteln eines unerlaubten Verkehrs zu missbrauchen, selbst Einzelne zu tun, und daß er es ausschließlich dem Urteil des Verwalters überläßt, inwieweit dieser bei einem solchen Versuche Verhaftetes und Unerlaubtes scheidet will.

## Der Oberbefehlshaber.

gez. Roske.

Die Richtigkeit der Abschrift beglaubigt

gez. Brud. Oberkriegsgerichtsrat I. R.

Also weil ein Gefangener Kaffier aus dem Gefängnis befreit und die Ansicht geäußert haben soll, daß ihm sein Verteidiger hierbei behilflich sein werde, werden mit einem Befehlsstück die elementarsten Grundrechte der Verteidigung aufgehoben!

Wie herrlich weit wir es gebracht haben, zeigt folgende Gegenüberstellung: Während des Krieges hatte das Oberkommando in den Marken eines Tages dem Genossen Dr. Weinberg den Verkehr mit der in Haft befindlichen Genossin Dr. Luxemburg ohne Weisung eines Beamten unterlagert. Auf die hiergegen eingeleitete Beschwerde hat der damalige Reichskanzler, Herr von Weichmann Gollweg veranlaßt, daß diese Einschränkung der Rechte politischer Gefangener sofort beseitigt wurde. Die jetzige Regierung, deren führende Mitglieder sich noch immer Sozialdemokraten nennen, zeigt also weit weniger Achtung vor den Rechten der politischen Gefangenen als die alte wilhelminische.

Wie wir hören, ist auch die Berliner Anwalts-

Kammer zum Protest gegen diese Beschränkung der Rechte der Verteidigung aufgerufen worden.

In dem Bestreben, die Schutzhaftgefangenen zu drangsalieren, haben die zuständigen Behörden vor einigen Tagen verfügt, daß die Gefangenen nur noch in der Zeit von 11 bis 2 Uhr von ihren Verteidigern besucht werden können, während den Verteidigern früher die Wahl der Tageszeit freistand.

# Beleidigungsprozeß Erzberger gegen „Deutsche Zeitung“.

Von der siebenten Strafkammer des Landgerichts I fand gestern Termin gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Ernst Wüld, in dem Strafverfahren wegen Beleidigung statt, das auf Veranlassung des Reichsfinanzministers Erzberger wegen eines beleidigenden Artikels eingeleitet war. In dem Urteil wird der Minister in dem Maße der Schmäherung wegen Ermordung des französischen Sergeanten Ranheim der Länge beschnitten, indem er weiter allgemein als Bürger hingestellt.

Der Angeklagte Wüld bekennt sich als Verfasser des Artikels und räumt sich in rechtlich gültiger Weise ein, daß ihm in der Ue ein „Frtum“ unterlaufen sei. Nicht Erzberger selber habe die „unwahre“ Erklärung abgegeben, die Million im Falle Ranheim sei von privater Seite gespendet worden, sondern ein Referent des Auswärtigen Amtes auf Veranlassung Erzbergers. Auf Grund der Beweisaufnahme nahm der Angeklagte die Beleidigung zurück. Es ist recht begründend, daß es auch in der gebräuchlichen Verhandlung den als Jungen bezeichneten Beamten verboten war, den Schleiher, der die nationalsozialistische Wahlforderung der Ermordung Ranheims und ihre Sühne bedingt, völlig zu lästern. Auch jetzt getraut die Regierung sich nicht, den Geldspender offen zu nennen.

Der Staatsanwalt beantragte schließlich eine Geldstrafe von 200 Mark. Das Gericht kam jedoch nach nicht zu einer Entscheidung. Es erklärte vielmehr, daß vorher auch noch der zweite Vorwurf der „Deutschen Zeitung“ gegen Erzberger, der der allgemeinen Lügenhaftigkeit, gepredigt werden müsse. Da der Angeklagte sich weigerte, diesen Vorwurf zurückzunehmen, beschloß das Gericht auf Wunsch des Angeklagten, den früheren Reichskanzler o. Weichmann Gollweg, ferner Dr. Helfferich, Graf Krosbarn, Dr. Goll, Bankier Burg und den Abgeordneten Dr. Waldstein als Zeugen zu laden und die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Dieser Beschluß hat die große Bedeutung, daß der Plan Helfferichs, erst als Zeuge gegen Erzberger und dann als Angeklagter zu erscheinen, durchkreuzt wird.

# Die Hilfeleistung der dänischen Gewerkschaften.

Die dänischen Gewerkschaften haben sich bereit erklärt, die Kinderaufnahme auch im Winter fortzusetzen, insbesondere Kinder über Weihnachten auf acht Wochen aufzunehmen.

Der Reichskanzler Bauer hat an den Minister Statuina ein Telegramm gerichtet, worin er die freudigste und dankbarste Anerkennung aller Teile des Deutschen Reiches für diese Hilfsbereitschaft ausdrückt.

# Eine revolutionäre Sicherheitswehr unter Auflage.

Düsseldorf, 20. November.

Bei Kundgebungen der Rechtssozialisten und Demokraten am 10. Januar wurden durch Maschinengewehr- und Revolverfeuer der ehemaligen Sicherheitswehr eine Anzahl Teilnehmer und unbeteiligte Personen getötet und verletzt. Wegen dieser Vorgänge sind nunmehr 33 Angeklagte, sämtlich Mitglieder der früheren Sicherheitswehr, von der Strafkammer zu Gefängnisstrafen von 2 Monaten bis zu 2 Jahren verurteilt worden.

# Wie man Arbeiterkräfte bequem los wird.

Der in Abmühlhütte in Obersachsen erscheinende rechtssozialistische „Vollwille“ schreibt aus Nicolai im Kreise Pleh:

„Anfang voriger Woche wurden die 4 Vertreter des Plehigen Arbeiterrats, die nicht im Abstimmungsbüro geboren sind, vom Landrat aufgespartet, sich innerhalb des Abstimmungsbüros Wohnung und Arbeit zu besorgen und nicht erst zu warten, bis sie ausgewiesen würden. Wieso der Herr Landrat dazu kommt, sich darum zu kümmern, wissen wir nicht, nehmen aber an, daß hier andere Sachen im Spiele sind, und daß man es gar nicht ungern sähe, wenn die betreffenden Leute von selbst verschwinden, um sie auf diese Weise billig loszuwerden. Wir können nicht glauben, daß gerade der Landrat von Pleh als Vertreter der Entente bestellt sein sollte, während andere Kreise und Behörden davon nichts wissen.“

Bequemere kann der Landrat die Arbeiterkräfte sich gar nicht vom Halse schaffen. Er weiß sie einfach aus und läßt sich den Teufel darum, ob er überhaupt dazu ein Recht hat. Gegen Arbeiter, die Arbeiterkräfte sind, kann man sich heute alles erlauben, sie sind vogelfrei, überhaupt in Obersachsen.

# Deutsche Nationalversammlung.

Donnerstag, den 20. November.

Auf dem Plage des verstorbenen Abgeordneten Groeber (Centrum) liegt ein großer grüner Kranz. Das Mitglied der Nationalversammlung Hög. Panzer (Soz.) hat sein Mandat niedergelegt.

Präsident Behrens eröffnet die Sitzung um 8.20 Minuten mit folgenden Nachrufen, während das Haus sich von den Plätzen erhebt:

Reine Damen und Herren! Während der parlamentarischen Pause ist die Nationalversammlung von zwei sehr schmerzlichen Trauerfällen heimgesucht worden. Am 7. November starb unser Kollege Haase. Seine hervorragende Befähigung und Arbeitskraft, sein uneigennütziges Eintreten für seine politischen Ideale, seine freundliche Kollegialität gewannen ihm das Vertrauen aller und sichern ihm ein ehrenvolles Andenken bei der deutschen Volksgemeinschaft. Er starb eines tragischen Todes durch die Hand eines Bahnwärtlers auf dem Gang zum Reichstag, um dort in einer wichtigen politischen Angelegenheit die Stellung seiner Fraktion zu begründen.

Gestern verschied plötzlich infolge eines Schlaganfalls unser Kollege Groeber. Er gehörte ein volles Menschenalter dem Reichstage an, seit dem Jahre 1887, und danach der Nationalversammlung. Er war untrüglich einer der ersten strebsamen Mitglieder des Parlamentes, aus dessen Reihen ausgezeichnete Vertreter der wichtigsten Gesetzgebungsorgane stammten. Er galt als der beste Kenner der parlamentarischen Geschäftsordnung. Er war ein immer wirksamer Redner für die Rechte

und die Wohlfahrt des Volkes, bei seinem fernstehenden Charakter hatte sein gewichtiges Wort immer volle Wirksamkeit auch weit über die Grenzen seiner eigenen Fraktion hinaus. Er stand bei seinem ersten Auszug nach einem schweren Unfall im Reichstagsbüro in den Armen des Bureauchefs, als er sich dort um unsere Kassen im Aufgeben erheben wollte. — Sie haben sich zum ehrenden Andenken der beiden heimgegangenen Kollegen von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest und danke Ihnen. Demnach werden 150 Bittschriften ohne Rücksicht noch den Beschäftigten der Ausschüsse bis auf weiteres erstattet, über die im Gegenstand zum Vorbehalt des Ausschusses auf Berücksichtigung zur Tagesordnung übergegangen wird. Die Tagesordnung ist erschöpft.

# Die Organisationen zum Parteitag.

Anträge der Frankfurter Genossen.

Die Genossen von Frankfurt a. M. nahmen in zwei Versammlungen Stellung zum Parteitag. Uebereinstimmend kam zum Ausdruck, daß im Aktionsprogramm die Forderung „Beendigung des Parteiensystems durch die Verfassung“ zu verdrängen habe. In der Gewerkschaftsfrage steht die Mitgliedschaft einmütig auf dem Boden der letzten Parteitagbeschlüsse. Die letzten Beschlüsse der Reichskonferenz der Betriebsräte in Halle zur Gewerkschaftsfrage erfüllen in mehreren Punkten scharfe Kritik und Ablehnung. Zur Frage der Internationalen fand nachstehende vom Genossen Ditzmann eingebrachte Resolution mit großer Mehrheit Annahme:

„Die Parteileitung der U. S. P. wird beauftragt, gemeinsam mit anderen Vorkampfparteien die Einberufung einer allgemeinen internationalen Konferenz einzuleiten, zu der alle internationalen sozialistischen Gruppen eingeladen sind, die sich auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stellen. Zu diesem Zweck hat die Parteileitung mit der Moskauer Zentrale und der ihr angeschlossenen Parteien, sowie allen derselben noch nicht angeschlossenen revolutionären Parteien und Gruppen, insbesondere denen der industriell fortgeschrittenen Länder, in Verbindung zu treten, um in geeigneter Weise den Boden für den Zusammenbruch aller Revisionäre zu einer wirklich aktionsfähigen Internationale vorzubereiten. Der Parteitag kann sich von einer Beteiligung am Genfer Kongress keinen Erfolg versprechen und lehnt deshalb eine Beteiligung an demselben ab.“

Als Delegierte zum Parteitag in Leipzig wurden die Genossen Ditzmann, Germann und die Genossin Seubert gewählt.

# Beschlüsse des Bezirks Niederrhein.

Der am 1. und 2. November in Düsseldorf abgehaltene Parteitag der U. S. P. des Niederrheins erklärte zur Frage der Internationalen in einer Entschließung, daß die zweite Internationale nicht mehr als Instrument des revolutionären Klassenkampfes betrachtet werden kann, es wird das sofortige Ausscheiden der U. S. P. D. aus dieser Internationale gefordert. Um eine Verfestigung des internationalen Zusammenhanges der revolutionären Parteien zu vermeiden, sprach sich der Parteitag für die Teilnahme an der dritten, Moskauer, Internationale aus und forderte die revolutionären Parteien aller Länder auf, sich anzuschließen, um eine wirklich revolutionäre Internationale zu gründen.

In einer weiteren Entschließung verwirft der Parteitag jede Teilnahme der deutschen Regierung bei den zur Anebelung der russischen Revolution beschlossenen Maßnahmen. In der allgemeinen Aussprache trat man für den politischen Massenstreik als letztes Mittel zur Eroberung der politischen Macht ein.

Die Mitgliederbewegung der Organisation geht ein glänzendes Bild. Bei Ausbruch der Revolution gehörten ihr 18 000 Mitglieder an, am 1. April 1917. Darunter befinden sich rund 11 500 Frauen.

# Anträge des Ortsvereins Altenstein.

1. Der Ortsverein Altenstein erklart den Parteitag, sich in der Frage der Internationalen auf den Boden des Schweizer Beschlusses zu stellen, das heißt, weder in die zweite noch in die dritte Internationale einzutreten, oder dahingehend zu wirken, daß es zu einer wirklichen sozialistischen Internationale kommt. 2. Der Parteitag wolle über den Begriff: „Militärdiktatur oder Parlamentarismus“ volle Klarheit schaffen. Die Mitglieder des Ortsvereins Altenstein sind der Auffassung, daß das Parlament bis zum Austrag der kommenden großen sozialen Kämpfe als Mittel zum Zweck benutzt wird. Wir fordern daher die Streichung des ersten Punktes der nächsten Forderungen des U. S. P. D.: „Einordnung des Militärs in die Verfassung“. An dessen Stelle ist zu setzen: „Der Kongress der Arbeiterkräfte ist für die revolutionäre Arbeiterkraft das gegebene Parlament“.

# Antrag der Wismarer Genossen.

Der Parteitag beschließt, alle verfügbaren Gelder den wirtschaftlich schwächeren Bezirken zwecks Gründung von U. S. P. Tageskassen zur Verfügung zu stellen.

# Aus der Partei.

## Ausstellung über Bildungsarbeit.

Das Arbeiter-Bildungsinstitut zu Leipzig beschäftigt während des Parteitages der U. S. P. eine Ausstellung über die Bildungsarbeit zu veranlassen. In diesem Zweck wird um Ueberlieferung von Material gebeten. Auf die Programme und Veröffentlichungen der Volkshochschulen wird besonderer Wert gelegt. Zusendung wird erbeten an die Geschäftsstelle des Arbeiter-Bildungsinstituts für Leipzig, Leipzig, Volkshaus, Zeilher Straße 22 IV, Zimmer 42.

## Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 46 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Hugo Haase, der Führer von Rud. Reichsheim; Wege der Weltrevolution von W. Stein; Das Starren der englischen Arbeiterbewegung von Tony Braithwaite; Die Erinnerungen des Herrn von Tirpitz von Willi Meyer, Hauptmann a. D.; Aus der Internationale; Rührerchau.

# Aus aller Welt.

## Schweres Eisenbahnunglück in Sachsen.

Chemnitz, 20. November.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute früh gegen 5 Uhr auf dem Rochlitzer Bahnhof. Der letzte Wagon eines auf einem Nebengleis rangierenden Güterzuges fuhr über das Gleis hinaus und einen Wagon der 8. Klasse des eben einlaufenden Personenzuges aus der Richtung Groß-Wolken in die Pfanne. Der Wagon wurde vollständig zertrümmert. 8 Schüler der Rochlitzer Realschule wurden getötet, 18 weitere Personen teils schwer, teils leicht verletzt.

# Freie Welt

27

Heute neu!  
Preis 25 Pfennig







### Gewerkschaftliches.

#### Die Sozialisierung des Theaters.

Über dieses Thema sprach am Mittwoch vormittag Dr. Seelig vor einer Versammlung der im Transportarbeiterverband organisierten Bühnenarbeiter.

Zunächst ging der Redner auf Organisationsmäßigkeiten der an den Theatern beschäftigten Angestellten und Arbeiter ein. Er behauptete, daß das Personal sich in 10 bis 15 sozialer Berufsstände gliedert, die sich nicht nur in der Höhe der Löhne, sondern auch in der Art der Arbeit unterscheiden. Er behauptete, daß das Personal sich in 10 bis 15 sozialer Berufsstände gliedert, die sich nicht nur in der Höhe der Löhne, sondern auch in der Art der Arbeit unterscheiden.

In der Diskussion kam zur Sprache, daß der Bühnenverein mit dem Reichsarb. Ministerium bereits in Unterhandlung wegen Verhängung des 8-Stundentags stehen sollte.

#### Achtung! Gewerkschaften von Spandau.

Im Auftrage des Spandauer Gewerkschaftsrates werden am 22. November die Mitglieder der Gewerkschaften, Theaterarbeiter für das neue Stadttheater (Vertragsverhältnisse) zur Besprechung eingeladen.

Zu dem Verhandlungsbericht über die Gestaltung von Arbeitsverträgen bei der Lösung der Postfrage, werden wir gebeten, die Arbeitsverträge des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin vorzulegen.

Die Verwaltungsstelle des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat die Arbeitsverträge des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin vorzulegen.

Die gemeinsame Betriebsversammlung findet heute nachmittags 3 Uhr in Charlottenburg, Rosinenstraße 8, statt.

### Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Nach dem Manuskript übertragen von Hermyna zur Wählen.

Der Niedertramp lang die Marcellaise, und nachdem die Knebelnden Durra gerufen, bis sie heißer, und rote Tosenfingende geschwenkt hatten, bis sie milde waren, hielt der Vorführer, Genosse Gerritt, eine kurze Rede.

Nachdem man Genosse Smith, der Redakteur des „Arbeiter“ an die Reihe, und nun fing das Unheil an. Der junge Redakteur verlor seine Zeit mit einseitigen Worten.

Die Streikunterstützung für diese Kollegen wird dabei bei Probe ausgeführt nach Schluß der Arbeitszeit. Sonnabend 11 1/2 Uhr Betriebsversammlung der Flugzeugfabrik in Hennigsdorf bei Stolzenberg.

Elemente u. Gasse, Wollwerk. Versammlung aller eingetragenen und noch anstehenden Kollegen und Kolleginnen am Freitag nachmittags 1/2 Uhr im Stadtpark.

Arbeiterkreise und angeschlossene Betriebe. Auszahlung der Streikunterstützung für die noch streikenden Kollegen Freitag von 10 bis 12 Uhr in folgenden Lokalen: Gruppe 1 und 2: Freitag, Kronprinzenstraße Ecke Weststraße; Gruppe 3, 4 und 5: Gadenpeter, Alt-Vogelmarkt Ecke Wollstraße; die Auszahlung für die in Arbeit stehenden Kollegen wird noch bekanntgegeben.

U. Versteig. sämtliche Kollegen, welche in Arbeit getreten sind, haben spätestens am Freitag, den 21. d. M., bei den Verkehrsvertrauensleuten ihre Streikkontrollkarten abzugeben.

### Groß-Berlin.

#### Unglaubliche Zustände in der Kohlenversorgung.

Der Magistrat hatte bekanntgegeben, daß am Donnerstag für den Norden und Nordwesten Berlins in der Stephanstraße 2 (Nichte-Kohlhaus) eine neue Kohlenstelle errichtet worden sei. Man hätte nun annehmen müssen, daß die zuständigen Stellen zu rechter Zeit dafür Sorge getroffen hätten, daß der Zweck der neuen Kohlenstelle, eine Entlastung des Verkehrs bei der Deputation für die Kohlenversorgung in der Spandauer Straße zu erzielen, auch erreicht werde.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß viele Kohlenhändler über mangelhafte Belieferung Klage führen. Für den Hausbrand soll nicht genug Kohle da sein, jedoch ist es ein offenes Geheimnis, daß man sich, wenn man nur über genug Geld verfügt, trotz Kohlenkommissar und Kohlenstelle sowie Brickets und Koks verschaffen kann, wie man nötig hat.

gefragt. Will man ihnen gegenüber die Sparsamkeit üben, die gegenüber den Versorgungs- und Unterhaltungsabteilungen viel besser am Platze wäre?

#### Ausbeutung der Frauarbeit.

Zu dem unter dieser Überschrift in Nr. 544 der „Freiheit“ erschienenen Artikel findet sich der Name des Unternehmers Paul Raasch durch seinen Rechtsbeistand eine Zuschrift, die folgendes berichtet:

- 1. Die Aufträge rühren nicht von Kommitten her, sondern von Arbeitern; trotzdem die Werke für Maschinen usw. um das Doppelte geteigert sind, sind keine Erhöhungsbedingungen gestellt worden.
2. Es wird zugegeben, daß die Arbeit für Frauen nicht geeignet ist; die Frauen haben sich aber freiwillig für diese Arbeit erboten. Die Frauen haben im Afford gearbeitet und wöchentlich bis 100 Mk. verdient.
3. Die Maschinen sind mit vorzüglichen Schutzvorrichtungen versehen. Die Verletzung der einen Arbeiterin ist auf eigene Unvorsichtigkeit zurückzuführen.
4. Herr Raasch hat an keine Arbeiterin das Kastrieren gestellt. Pumpen zu tragen.
5. Der Arbeitsraum ist nach baulogischer Vorschrift gebaut.
6. Von einem Wägen von 5 Mt. Transporthöhe kann keine Rede sein. Herr Raasch hat im Gegenteil den Frauen bei Uebernahme in den Betrieb den Lohn um 15 Mt. erhöht.
7. Herr Raasch hat sich der Bildung eines Ausschusses nicht widersetzt, sondern die Wahl eines solchen gefordert.
8. Die Entlassung der Frauen ist erfolgt, weil sie den Lohn eines Zimmermanns forderten, obwohl sie nicht das Rechte zeigten.
Unser Gewährsmann hält keine Behauptung zu Punkt 1 nicht aufrecht; sein Urteil entstand dadurch, daß ihm eine diesbezügliche Frage von Herrn Raasch nicht beantwortet wurde.
In Punkt 2 erkennt Herr Raasch selbst an, daß die Arbeit für Frauen nicht geeignet ist. Trotzdem behauptet er, sie im Afford, und wenn er 8. behauptet, die Verletzung der Arbeiterin beruhe auf eigener Unvorsichtigkeit, so entlastet er sich nicht dadurch, denn es ist bekannt, daß besonders Frauen im Afford leicht geneigt sind, die nötige Vorsicht nicht zu üben. Nur auf diese Weise lassen sich einigermaßen auskömmliche Löhne erzielen. Unser Gewährsmann hat aber Kohnkarten gesehen, auf denen ein Lohn von 60 Mark (im Afford!) angegeben war. Ganz vorchriftsmäßig waren die Maschinen auch nicht mit Schutzvorrichtungen versehen; so bemerkt z. B. unser Gewährsmann an der Anweisung den Spaltteil. Doch der Werkstattraum nach Vorschriften der baulogischen Verordnung nicht gebaut ist, hat niemand behauptet. Der Raum selbst ist aber derzeit mit Maschinen verladen, und zwischen den Maschinen sind auch noch Absperrungen der Gänge vorgenommen, daß eine jählige Gefahr nach Ansicht des Gewährsmanns besteht.
Unser Gewährsmann hält das weitere davon fest, daß die Kündigung von Herrn Raasch gefallen ist, in seinem Betrieb dürfte er keinen Ausschuss.

Wenn dann noch behauptet wird, die Frauen seien entlassen worden, weil sie denselben Lohn wie die Männer forderten, so wird damit zugegeben, daß sie nur eingestellt sind, weil sie billiger arbeiteten. Unsere Meinung, daß es sich um die Ausbeutung billigerer Frauenarbeit handelt, bleibt also bestehen.

Wir wollen zum Schluß noch mitteilen, daß unser Gewährsmann auch einen gemeinschaftlichen Umkleeraum für Männer und Frauen in dem Betrieb hat. Einen Kastrierbetrieb unterhält Herr Raasch also wirklich nicht.

Arbeiter-Bildungsschule. Der heutige Kursus in der Robert-Zelle-Kochschule, Auguststr. 21, muß aus den Schülern wohl-bekanntem Gründen ausfallen. Ueber spätere Kurse erfolgt erneut Nachricht.

Der Verkauf des der Konsumgenossenschaft überwiesenen Schutzwerks findet nicht in der Rittergutsstraße statt, sondern in dem in den ersten Tagen des nächsten Monats zu eröffnenden Manufakturwarenschäft, Brunnensstraße 168.

Zahlreiche Ausfälle von Sägen auf den Berliner Vorortstrecken sind die neuesten Folgen eines heftigen Kohlenmangels. Auf den vom Steinhilber Bahnhof ausgehenden Strecken sind mit sofortiger Gültigkeit gestern morgen eine Reihe von Vorortzügen

Verammlung die hoch erhobene Faust und rief mit heiserer Stimme, gebieterischem Stimm: „Verräter! Verräter!“

V. Vor arme Jimmie verbarnte völlig überwältigt auf seinem Sitz. Daß er, der eifrigste, überzeugteste Anhänger des Sozialismus, den Grund zu dieser schmachvollen Szene gegeben, indem er einen Mann in der Mordtracht hergeführt, einen Arbeiterdöner — es war nicht auszubedenken! Er magte nicht, den Genossen vor die Augen zu treten; noch ehe alle Reden gehalten waren, gab er Nizze ein Zeichen, und die beiden stahlen sich fort, sorgfältig alle Bekannten vermeidend.

Draußen standen sie einen Augenblick unerschrocken; sie meinten selbstverständlich, der alte Mann sei fortgefahren, malten sich den langen Weg von der Tramstation in Dunkel und Stot aus; dabei trug Nizze ihr einziges Festtagsgewand. Als sie jedoch den Ort erreichten, wo Herr Drew Pferd und Wagen eingestellt hatte, sahen sie ihn zu ihrem Erstaunen dort geduldig auf sie wartend. Ihr Bösewicht bemerkend, rief er ihnen zu: „Kommen Sie, folgen Sie ein!“ Sehr verlegen folgten sie keiner Aufforderung, und die alte Währe wottete gemächlich beharrlich.

Lange Zeit schwiegen sie alle; schließlich hielt Jimmie es nicht länger aus, und begann: „Es tut mir sehr leid, Herr Drew. Sie verstehen nicht...“ Der alte Mann fiel ihm ins Wort: „Es hat für und beide keinen Sinn, miteinander zu sprechen, junger Mann.“ So legten sie den Rest der Fahrt wortlos zurück; Jimmie dachte es, Nizze schätzte in der Dunkelheit leise vor sich hin.

Jimmie war es furchtbar zumute; er holte vor dem alten Soldaten große Achtung, ja er empfand sogar eine starke Verehrung für ihn. Herr Drew hatte auf Jimmie einen großen Eindruck gemacht, nicht durch seine Waffentüchtigkeit, die Jimmie für ein laibhaftig Jahre zurück hielt, sondern durch seine Berühmtheit. Hier war ein Patriot, der zugleich ein Ehrenmann ist. Die Schwade, daß er den revolutionären Standpunkt nicht zu verlassen vermag! Wie schade, daß man ihn ergründen mußte! Auch dies gehört zum Genuß des Krieges, er reißt Freunde auseinander, läßt Faust und Dader und Hoh unter sie.

(Fortsetzung folgt.)

größten Irrtum ihres gemeinen Lebens begehen. Verstehen Sie mich recht!“ rief Genosse Smith, obgleich er kein Wort gesagt hatte, das irgendwie unverständlich sein könnte. „Verstehen Sie mich recht, ich bin kein Pazifist, bin nicht gegen den Krieg, verlange bloß, den Krieg, in dem ich mitkämpfe, selbst wählen zu können. Gibt man mir ein Gewehr in die Hand, so werde ich mich keineswegs weigern, es zu nehmen — gewiß nicht —, seit langem haben wir uns, ich und meine Mitkämpfer, nach Waffen gesehnt. Doch werde ich selbst beurteilen, gegen wen ich das Gewehr zu richten habe, ob gegen die Feinde vor mir, oder die Feinde in meinem Rücken, gegen meine Brüder, die deutschen Proletarier, oder gegen meine Unterdrücker, die Ausbeuter von Wall-Street, ihre Zeitungslasalen und militärischen Sklaventreiber!“

Die letzten Sätze dieser Rede fielen wie Hammerschläge nieder. Unter ihrer Wucht klang wilder Beifall auf. Dann aber ward sich die Zuhörerschaft bewußt, daß etwas Unangenehmliches, Unwartbares geschehe. Ein alter, weißbärtiger Mann, in abgegrähter blauer Uniform erhebt sich von seinem Sitz, schreit und fuchelt mit den Händen. Die neben ihm Sitzenden versuchen, ihn auf den Sessel zurückzuziehen, doch widersteht er sich kräftig, hört nicht auf zu schreien, und ein Teil der Zuhörer verstummt aus Neugierde. „Schämt euch! Schämt euch! Schämt euch!“ hörten sie ihn rufen. Er wies mit zitternden Fingern auf den Redner: „Ihre Worte sind Hochverrat, junger Mann!“

„Sehen!“ brüllte die Menge. „Halten Sie das Maul!“ Der alte Mann aber wandte sich ihr zu: „Gibt es denn hier keine Amerikaner? Wollt ihr diesem schamlosen Verräter ohne ein Wort der Widerrede lauschen?“

Einige packten ihn am Koll, andere erhoben drohend die Häute, auf der anderen Seite der Halle schellte der wilde Bill empvor, drang auf seinen Stuhl und krie: „Scheidet ihn den Hals ab, dem alten Idioten!“

Zwei Polizisten kamen durch den Mittelgang gelaufen, der „alte Idiot“ wandte sich an sie: „Wozu seid Ihr denn hier? Ihr habt doch Amerikas Ehre und die amerikanische Flagge zu schützen! Die Polizisten jedoch verlangten, er solle schweigen und die Versammlung nicht stören. Da erob sich der alte Mann, und verließ schweren Schrittes die Halle. An der Tür blieb er stehen, zeigte noch einmal der



